

# Cüberer Volksbote

## Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Cüberer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (sonst am Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt bei Lieferung durch die Ausläger vierjährlich 150, monatlich 12,00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telegraphen Nr. 926

Die Einzelgegenstände betragen für die sechsgesparte Pauschale oder deren  
Zwölftel 60 Pf. — Veranträge, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pf.  
anschließende Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen  
bis 9 Uhr vorzulegen, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

### Amtliches Publicationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 60.

Mittwoch, den 12. März 1919.

26. Jahrg.

### Der Hunger in Ziffern.

Vor dem Kriege war Deutschland ein Land, dessen materielles Reichtum von Jahr zu Jahr wuchs. Es machte Geschäfte mit aller Welt, und obzwar sein natürlicher Reichtum sich nicht messen konnte mit dem manchen anderen Landes, so galt doch die Arbeit seines fleißigen Volkes des höchsten Kredites wert.

Die Welt unter Feld! Überallhin hatte die deutsche

Volkswirtschaft ihre Arme ausgestreckt, die Arme hielten Rohmaterial für die Industrie herbei und reichten als Gegenwert Fabrikate hinaus. Der tüchtige deutsche Arbeiterstamm, der hohe Stand der Technik und Wissenschaft, organisierte Fähigkeit und kaufmännischer Wagemut wirkten zusammen. Nicht nur daheim, auch draußen: deutsche Handels- und Industriefriedlungen leiteten von überall her Rinnale, Büchlein, schließlich Flüsse zu uns, die Werte brachten. Werte, die wir wiederum austauschten oder zur Speisung unserer Volkswirtschaft und zur Förderung unseres Behagens brachten. Allerlei Nahrungsmitte: Fette und Oele, die uns jetzt fehlen, Kakao und Tee, Süßfrüchte und Tabak; dann Baumwolle und Wolle, Seide und andere Gewissenssäser — Seiten würde die Aufzählung bedecken. Nicht einmalbare Zahlung war nötig. Wir brauchten nicht Silber und Gold in Eisenbahnwagen und Schiffe zu laden; um Silber und Gold war es auch den andern nicht so sehr zu tun: Erzeugnisse der Feinmechanik und Optik, Chemikalien und Arzneien, Geräte und Maschinen, Spielzeug und was alles gut und billig in Deutschland hergestellt wurde, begehrten sie dafür. So entstanden von Land zu Land Förderungen und Gegensorderungen, man stellte gegenseitig Papierzeichen mit aufgemaltem Wert aus, Wechsel und dergleichen, an der Börse glich sich dann alles aus, nur am Monatsende gab es kleine Verschiebungen herüber und hinüber. Wir gewannen dabei, gewannen besonders insofern die Waren, die wir ins Ausland schickten, mehr Wert auch in Gestalt von Gold und geldwerten Gütern brachten als vorher die Arbeit, die geistige wie die Handarbeit gelöst hatte. Aus unserer Arbeit und aus ihrer Bewertung quellte der Segen, von dem freilich nur allzu wenig an die Proletarier kam. Das Ausland aber schätzte unsere Arbeit, und die Wertzeichen, die Wechsel der Banken usw., galten als vollwertig. Stand darauf: Gut für tausend Mark, so war das Papier auch jooch wert. Der „Markt“ stand hoch. Amerika zahlte für eine deutsche Reichsmark 23,82 Cent, England 11,76 Pence, die Länder der lateinischen Münzunion durchweg 123,45 Centimes.

Da kam der Krieg. Am 25. Oktober 1917 berechnete die Schweiz die Mark nur noch mit 60,50 Centimes; das heißt: bei gleichbleibendem Warenpreis hätten wir für das gleiche Geld und für die gleiche Arbeitsleistung nur noch weniger als die Hälfte der vorher dafür erhältlichen Warenmenge bekommen. Untere Erzeugung für den Weltmarkt war fast lösungsgestellt; alles arbeitete für den Krieg, also konnten wir dem Ausland fast nichts von Waren holen. Aber aus der Friedenszeit waren noch ausländische Wertpapiere im Lande; davon schaffte man ein Teil hinaus; so stieg der Markt in der Schweiz Anfang Januar 1918 wieder auf 89,75 Centimes. Nicht lange; als die Revolution ausbrach, war er längst wieder tief gesunken. Immerhin: die Revolution eröffnete Aussicht, daß ein neues Deutschland hochkommt, das künftig gegen Kriegselend sich zu schützen weiß; der Friede naht und trotz der bleibenden Lasten wird Deutschland sich neu emporarbeiten. Das Ausland gewinnt Vertrauen. Deutsche Tüchtigkeit wird sich bewähren. Einsteigen bewertet am 25. November 1918 die Schweiz die Mark mit 63,50 Centimes, das ist 49 Prozent geringer als im Frieden. England und Amerika stellen sich etwas günstiger: Minus 44 Prozent gegen die Parität lautet dort der Kurs. Deßnet die Tore, hebt die Blockade auf, das andere lohnt unsere Sorge sein! Wir werden uns hoch schaffen!

Da trachen in München die Schüsse, in Mannheim wird gekämpft, das Ruhrrevier ist vom sozialen Krieg erfüllt, der Verteilung der Kohleförderung bemüht, und mit der Zerstörung von Millionenwerten an Schäften deren Förderrfähigkeit auf Zeit auskaltet. Mit einem Auf sinkt die Mark; am 24. Februar ergibt sich:

Schweiz im Frieden 123,45 c, nun 47,00;

Verlust 62 Prozent;

England im Frieden 11,76 d, nun 4,55;

Verlust 61 Prozent;

Amerika im Frieden 23,82 c, nun 9,70;

Verlust 60 Prozent.

Was das zur Folge hat? In Rotterdam liegen amerikanische Schiffe ein, die 30 000 Tonnen Speck und 5000 Tonnen kondensierte Milch für Deutschland bringen; angenommen, nach dem Markturs der Friedenszeit hätten wir für 10 Mark 1 Kilogramm Speck erhalten (für 1000 Pfennig 1000 Gramm), so hätte dasselbe Geld am 25. November 1918 nur 660 Gramm, am 24. Februar 1919 gar nur 400 Gramm liefern können. Der Krieg halbierte uns die Bissen, von der verbleibenden Hälfte gieb der Spartakusterror

nochmals ein Drittel ab. Dabei stand es immer noch, daß aus alten Guthaben uns ein Restchen blieb, für das das Ausland uns liefert. Jetzt ist auch der Rest aufgebraucht. Entweder kommt Deutschland zur Arbeit, oder alles bricht zusammen. Revolutionär und Gegenterrevolutionär können dann „brüderlich“ den Hunger teilen.

### Nationalversammlung.

Weimar, den 11. März 1919.

Am Regierungstisch: Wissel, Schmidt, Bell u. a. Präsident Fechenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit dem Verlesen einer Mitteilung des Stabes des freiwilligen Landesjägerkorps an die Nationalversammlung und widmet dem in Halle getöteten Oberstentenant Kieber einen Nachruf.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Lachmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin und fragt, was die Regierung zu tun gedacht, um die Kartoffelbestände, die auf dem Lande vielfach verborgen gehalten werden, restlos zu erfassen.

Ernährungsminister Schmidt erwidert, daß die zuständigen

Behörden wiederholz zu schärfster Verachtung aufgefordert würden und daß die Transporte bei Einfuhr freifreien Wetters in

verstärktem Maße wieder angenommen werden würden.

Abg. Sollmann (Soz.) fragt, ob die Regierung in der

Zeige sei, die schlesische Aufhebung des Verbots von den obersten

Kommandierenden der Alliierten zu erwirken, im begegneten Ge-

fallen Neuwahlen zu den Gemeindewahlversammlungen vorzunehmen.

Staatssekretär Albrecht: Auf eine Anfrage der deutschen

Regierung hat General Kubani erwidert, die Belagerungssarmee

hätte ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen

Kommunalbehörden vorläufig noch bleiben. Die Erfüllung

dieser Forderung sei aussichtslos.

Es folgt die Interpellation Arnstadt und Genossen über das

Verhältnis von Staat und Kirche.

Als Abg. Mumim (Deutschnat. Bp.) das Wort zur Begegnung nimmt, erklärt

Präsident Fechenbach, es sei kein Vertreter des Ministeriums des Innern zur Beantwortung da. Es habe daher

keinen rechten Sinn, die Interpellation weiter zu behandeln.

Abg. Mumim zur Begründung: Es ist das Empfinden

weiterer Volkskreise, daß wir an der Schwelle eines neuen

Kulturmampfes stehen. Unter armes Vaterland braucht im In-

nern Ruhe und Frieden, aber die Herren Ebert und Scheidemann

haben ihm diesen Frieden nicht geschenkt. Eine ihrer ersten Taten

war, den Sprecher der freikirchlichen Gemeinde, Herrn Adolf

Hoffmann, an die Spitze des preußischen Kultusministeriums zu

stellen. Der Redner erörterte dann die vom sächsischen Volks-

beauftragten Hugo erlassenen Verordnungen über das Verhältnis

von Staat und Kirche. Ebenso ist in Hamburg die Brandstiftung

des religiösen Zwistes in die Bevölkerung geschleudert worden.

In Braunschweig hat man die Schulen zu einer antikirchlichen

Beleidigungskreis im Dom zusammengebracht, bei der es geradezu

anglaublich zuging. Wir rufen der Regierung zu: „Keinen

Schritt weiter auf dem Wege geistlicher Verordnungen.“ Wir

fordern für unsere Kinder die christliche Schule und den christlichen Religionsunterricht.

Reichskolonialminister Dr. Bell: Der Minister des Innern,

der in dringender Reichsangelegenheit nach Berlin gerufen wurde,

hat leider der Verlehrschwierigkeit wegen nicht rechtzeitig hier

erscheinen können. Ich habe im Namen der Reichsregierung fol-

gende Erklärung abgegeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine

Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Die Re-

gierung kann deshalb nicht gegen etwaige gliedstaatliche Eingriffe

über die Regelung des Religionsunterrichts Stellung nehmen.

Inwieweit in der Reichsverfassung Normativbestimmungen über

das Unterrichtswesen aufzunehmen sind, wird bei Beratung der

Reichsverfassung zu prüfen sein.

Abg. Hellmann (Soz.): Bei der Behandlung der Ange-

legenheit von Kirche und Staat hat sich die ganze Übelhebungs-

und die Herrschaft der kirchlichen Kreise gezeigt. Die Kirche hat

sie selbst Schul daran, daß ein großer Teil des Volkes ihr feindlich

gesinnt ist. (Vörm und Widerspruch rechts und im Zentrum.)

Wir geben aber ohne weiteres zu, daß die einzelstaatlichen Ein-

griffe in den Religionsunterricht faktisch unkling und vielfach auch

deutschlos waren. Sie waren auch undemokratisch, weil sie der deut-

ischen und den einzelstaatlichen Nationalversammlungen vorenthalten

wurden. Wir verlangen die Einheitskirche, die eine weltlich

und Arbeitsschule sein soll. Wir wollen der Religion die groß

herzliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denke

nicht daran, dem irgend einen Gewissenszwang auszuüben oder

die Gewissensfreiheit anstreben zu wollen. Wollen die Eltern

ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außer-

halb der Schule geschehen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Sozialisierungsgesetz

Kohlenwirtschaftsgesetz  
Schluß 5½ Uhr

Abg. Dr. Koelsch (Deutsch-Nat.): Die Erklärung der Re-  
gierung war für uns in keiner Weise genügend. (Sehr richtig!  
rechts.) Wir halten es mit Pestalozzi: Für unsere Kinder ist  
gerade das Beste gut genug. In Frankreich ist die Trennung von  
Kirche und Schule ein Verdienst für Volk und Land geworden.  
Diese Sache hier hat Evangelische und Katholiken zusammen-  
gebracht. Wir fordern die artliche Volksschule und den christ-  
lichen Unterricht in der Volksschule. Für die Schule und den  
christlichen Religionsunterricht müssen sich die besten Kräfte zur  
Verfügung stellen. Man soll den Religionsunterricht nicht der  
christlichen Gemeinschaften und auch nicht dem Kavis nehmen, denn  
die Schule ist nicht nur eine Verwaltung des Staates und des  
Lehrer, sondern auch Sache der Eltern.

Abg. Dr. Runzel (Deutsche Bp.): Man kann die letzten  
Neuerungen des Vorredners nur unterstützen. Die Religion  
nimmt niemals zu einer Parteiseite herabgewidigt werden. Die  
Religion ist das höchste und heiligste Volksgut, das es gibt. Der  
Religionsunterricht soll an erster Stelle in der Volksschule stehen.  
Wir wollen Gewissensfreiheit für den Lehrer und das Kind, und  
dann fordern wir Freiheit der Schule von der kirchlichen Aufsicht.  
Ein grauendes Entsehen packt uns alle über die heutige Ver-  
ordnung, aber wir haben die Sittlichkeit nicht durch Parlaments-  
beschlüsse und Kommandanturbefehle, sondern nur durch ein-  
religiöse Erziehung.

Reichsministerpräsident Scheidemann: Es ist mehrfach  
die Vermutung ausgesprochen worden, die Regierung nehme sich  
das nötige Interesse an diesen Verhandlungen. Dies ist ein Irr-  
tum. Wenn heute vormittag bei Eröffnung der Debatte der  
Regie nicht geplatzt hat, wie es hätte sein sollen, so deshalb  
weil die Regierung ihre Einrichtungen dahin getroffen hat,  
heute die Sozialisierungsgesetze fortzusetzen. Das war eine Frage,  
die uns jetzt noch dringender erscheint. (Sehr richtig! links.)  
Wenn nun gestern abend beschlossen worden ist, heute morgen  
diese Debatte zu beginnen, so war es absolut abgeschlossen, die  
Betracht kommenden Herren, die mit unserem Einverständnis nach  
Berlin gegangen waren, um dort lebhafte Geschäfte zu er-  
ledigen, bis heute vormittag an Ort und Stelle zu haben. Da-  
raufhin hat an meiner Stelle — ich war gern bereit, für Reichs-  
minister Preuß einzutreten, nur im Moment abgehalten — Herr  
Minister Bell die Freundschaft gezeigt, den Schlüß, den wir  
im Ministerium geschlossen hatten, vorzutragen. Daraus werden Si-  
geriehen, daß wir uns zu dem stellen, was in den Einzelstaaten  
geplant ist, um die Verstruktion zu machen. Angenehm ist ja unsere Situation bei  
dieser Debatte nicht. Einmal wird dagegen opponiert, daß die  
christliche Reichsschule sein soll, und dann wiederum werden wir  
gefragt, wie wir uns zu dem stellen, was in den Einzelstaaten  
geplant ist. Wenn Sie damit einverstanden sind, daß alle diese  
Gesetze zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören, sollen  
dann findet das meine volle Zustimmung. Wer wenn Sie uns  
in die Verfassung hinein diese Kritik geben wollen, dann wird der Ausgang dieser Debatte ein ganz anderer sein, als die Herren  
Interessenten sich vorgestellt haben. (Sehr richtig! links.)

Abg. Frau Zieg (U. S.): Die Revolution hat fast eigens  
Rechts in einzelnen Bundesstaaten die Verweltlichung der Schule  
durchgesetzt. Wir verlangen die Einheitskirche, die eine weltlich  
und Arbeitsschule sein soll. Wir wollen der Religion die groß-  
herzliche Weltanschauung des Sozialismus entgegen. Wir denke  
nicht daran, dem irgend einen Gewissenszwang auszuüben oder  
die Gewissensfreiheit anstreben zu wollen. Wollen die Eltern  
ihren Kindern Religionsunterricht geben lassen, so kann das außer-  
halb der Schule geschehen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Sozialisierungsgesetz

Schluß 5½ Uhr

Lichtenberg.

Die Presse ist von den spartakistischen Gewaltakten noch  
überwollt. Was heute in die Welt pflanzt wird, muß morgen  
widerrufen werden. Freilich bleibt immer noch des Grauen-  
haftes genug, um sich mit Abscheu von dem Vernichtungswerk  
an Gut und Blut zu wenden. So wird jetzt berichtet, daß in  
Polizeipräsidium glücklicherweise nicht alle Beamten  
ermordet worden sind. Die Kämpfe haben sich abgespielt, als  
die Mehrzahl der Beamten zum Essen gegangen waren. Von  
den Wegeschleppen 20 oder 25 sind drei zurückgekehrt, die  
von den Spartakisten nach Misshandlungen entlassen worden  
sind. Diese behaupten, daß die Wut des Gefindens sich haup-  
tlich gegen die Kriminalbeamten richtete, während man die  
uniformierten Beamten zum Teil schon unterwegs laufen ließ.  
Die Zurückgekehrten schulderten übereinstimmend, daß die Wei-  
ter sich bei den Misshandlungen am rohesten benahmen. Man  
hofft, daß auch andere Gefangene der Spartakisten am Leben  
sind und nimmt an, daß sie nur als Geiseln benutzt werden  
sollen.

Auf dem Lichtenberger Güterbahnhof wurde verhäuft und<br

gen zerbrochene Eier umher. Die geraubten Lebensmittel sind nicht unter der hungrigen Bevölkerung verteilt, sondern weggeschleppt worden, wahrscheinlich um die Beute zu Wucherpreisen abzusehen.

Die Bewohner der Frankfurter Allee an der Lichtenberger Straße sind durch die vier tägigen Kämpfe dem Verhungern nahe. Die Spartakisten haben alle Geschütze ausgeräumt, so daß für die Anwohner nicht das geringste an Nahrungsmitteln übriggeblieben ist. Es kann aber auch niemand auf die Straße hinaus. Auch das große Lebensmitteldepot am Frankfurter Bahnhof ist geplündert worden. Während des ganzen Tages schleppten bewaffnete Juden, Frauen und Kinder aus diesem Depot Säcke mit Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Konservenbüchsen hinweg, ohne daß ihnen Einhalt geboten werden konnte.

Der Oberbürgermeister von Lichtenberg hat den Reichswehrminister Noske gebeten, an Stelle des weiteren Blutvergießens und der Zerstörung Lichtenbergs einen Waffenstillstand zustande kommen zu lassen. Der Oberbürgermeister versichert, daß er in Verbindung mit dem Volksratsrat eine einwandfreie Einwohnerwehr bilden wolle, die für Ruhe und Ordnung sorgen werde, deshalb bitte er um Zurückziehung der Regierungstruppen. Die Abgesandten des Lichtenberger Oberbürgermeisters wurden sofort von Noske empfangen, der erklärte: Sagen Sie dem Oberbürgermeister, entweder sie bitten um unglückliche Uebergabe oder gar nichts. Gleichzeitig werden die militärischen Stellen von der Wendung der Lage benachrichtigt, sodas den Amtstümlichen sofort der Befehl übermittelt werden konnte.

Die Entwaffnungsaktion hat Überraschungen gebbracht. Im Marinahaus allein sind über 4000 Gewehre, 126 Maschinengewehre und zwei Geschütze sowie eine große Menge von Bergleugungsartikeln gefunden worden.

Das "Berl. Tageblatt" berichtet: Die Spartakisten werden von den inzwischen erheblich verstärkten Truppen in Lichtenberg weiter nach Osten abgedrangt. Dabei kam es gestern zu lebhaften Kämpfen. Durch Artillerie wurden die Barricaden niedergerissen und zu einem mangelhaft geschossen. Die Amtstümlichen zogen sich in eine Fabrik zurück, die sie mit Maschinengewehren und Revolverkanonen bestückten. Am Bahnhofplatz haben die Spartakisten eine feste Barrikade errichtet. Mit schweren Minenwerfern unterhalten sie ein unablässiges Feuer auf die Unterstrich-Straßen der Regierungstruppen, während diese dauernd den Bahnhof Frankfurter Allee unter Feuer halten. In die Straßen schlagen dauernd schwere Minen ein und richten große Verstörungen an. Die Bewohner dieser Stadtteile halten sich bereits seit mehreren Tagen in den Kellern auf.

Die Regierungstruppen haben gestern in dem Hause Unterstrich-Straße 32, in dem sich die Kaufverwaltung der Volksmarineabteilung befindet, ein großes Spartakistenzentrum eingenommen und 259 Spartakisten, darunter zahlreiche Angehörige der aufgelösten Volksmarineabteilung, verhaftet. Ein Teil der Gefangenen war im Besitz von Waffen und machte von diesen Gebrauch, um sich der Festnahme zu widersetzen. Den Regierungstruppen gelang es, den bemühten Widerstand sehr rasch zu brechen. 24 Männer, die mit den Waffen in der Hand ergriffen wurden, sind nach der "Voss. Zeit." standrechtlich erschossen worden.

Nach einer Meldung des "Achthabendblattes" sind bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet und in die Gefängnisse eingeliefert worden. Das Gros der Verhafteten stellen wieder jugendliche und unreife Burschen.

## Von unseren Gegnern.

Paris wird gemeldet: Der Oberste Kriegsrat bestätigte den Besluß, daß Deutschlands Heer ein Freiwilligenheer sein müsse. Die Stärke desselben wird auf 100 000 Mann (anstatt ursprünglich 140 000) festgesetzt. Die Dienstzeit beträgt 12 Jahre. Die Fragen der Internationalisierung des Kieler Hafens und der Abteilung Helgoland wurden Kommissionen überwiesen.

Ein Berater Künzli besagte: Der Oberste Kriegsrat der Alliierten hat den Antrag Lord Georges angenommen, dem folge in ganz Europa die Wehrpflicht aufgedroht. (?) Heute soll an ihre Stelle das Freiwilligenamt treten.

Die militärischen Mitglieder der deutshen Kommission in Paris haben wegen der ihnen zugetratenen Behandlung und gegen das von den Mitgliedern der Entente bei den Begegnungen angestandene Ton ihre Tätigkeit abbrechen müssen und sind nun gehen abgetreten.

Unter die Bevölkerung der militärischen Macht Deutschlands wird außer den bereits bekannten Maßnahmen noch folgendes berichtet: Die Armee darf keine Kanonen von größerem Kaliber als 15 Zentimeter haben. Es werden Geschützmehrheiten befehlt, die Schiffsgeschütze getroffen und die Aussetzung der Artillerie- und Turmwehren verlangt werden. Weiterhin darf kein Landkreis seine Artillerie haben und nur 15 000 Meterrohren, sowie offizielle Flugzeuge.

## Verantwortung des Proletariats.

von Maxim Gorki

Weiter von dem, was Gorki in der Novella "Zarin" in Tagen berichtet. Der Kriegsminister und die Spitälter des Kaiserreichs rufen, heißt eine lauernde und immer wieder zusätzliche Bedrohung. Im Dezember 1917 steht Gorki folgende Zeile:

Die Arbeitsschlaf hat keine Zukunft mehr. Keine Arbeit, keiner die Halle der wahren Führer der Arbeiterschlaf wird bei allen vertrieben von deren materiellen und geistigen Interessen zu kommen.

Die Arbeiterschlaf hat es jetzt unter den Arbeiterorganisationen des Volksstaates verloren, ohne sie zu kennen und zugleich ihre persönliche Freiheit aufzugeben. Es ist eine Erfolg für den Sozialismus zu fordern, ebenso wie die dritte Arbeiterschlaf das Ziel des sozialen Selbstverständigung und für die Wege zur Freiheit und Ruhm eröffnet.

Gorki will die leidenschaftliche Stimme der Gewaltlosigkeit verhindern, wie groß sie leidenschaftlich und wie erfolgreich die Freiheit des proletarischen Intellektus seit den neueren Jahren zum Beginn des Weltkrieges war.

Der verantwortliche Kriegsminister und die Arbeiterschlaf führt und sie in den Werkstätten durch Partei erzeugt, die zur Revolution gegangen sind, nur um sich der Wehrpflicht zu entziehen. Es sind politisch unrechte Menschen, denen die Freiheit des Proletariats und das dem ersten Proletariat innenliegenden Beziehungen, eine neue Kraft zu schöpfen, stand sind. Sie hat nur in dem einen spätbourgeoisischen Wunsche bestellt, um jedes Preis zu holen als möglich ein persönliches Wohlleben zu erringen. Diese Menschen sind gegenwärtig unfähig, die Weise des reinen Sozialismus einzunehmen und im Leben zu verwirklichen.

Der Krieg der vom Weltkrieg und Bürgerkrieg verdeckten Arbeiterschlaf ist nun in den engen Ring einer Kette von den äußerst städtischen Menschen gesetzt, von Menschen, die nicht die Freiheit des Proletariats fordern, aber nicht wie die Arbeiterschlaf führen; von Menschen deren Stimmung, Sehnsucht und Hoffnungen die heile obere Schicht der Arbeiterschlaf der Arbeiterschlaf fordern und der Vernichtung preisgeben.

Die aufgepeitschten Instinkte dieser stürzerischen Kasse haben in den Verdünnen eines rein zoologischen Anarchismus ihr Sprachrohr gefunden. Dies führt eines toll gewordenen Spießbürgertums verwirktlich nun, wie wir sehen, die hitzige Lehre Prout und nicht die Ideen von Marx, verbreiten den Geist des Pugatschow-Außlandes seiner blutigen Erhebung gegen Tsaristischer, Bourgeoisie und Gesellschaft, gefeiert von dem Räuber Pugatschow (1775) und nicht den Sozialismus und wollen alles auf ein moralisch und materiell gleich därtiges Niveau herabsetzen.

Es ist schwer und schmerzlich, darüber zu sprechen, man muß es aber tun, weil für den Untergang und die Sünden, die von einer dem Klassenbewußten Proletariat fremden Gewalt verübt werden, dieses selbst Proletariat sich zu verantworten haben wird.

## Zus Lübeck und den Raumgebieten.

Mittwoch, 12. März.

### Der Bezwingende des Schicksals.

Freud und Leid bringt uns das Leben und bei so vielen, diesen ist es leider mehr Leid als Freude. Schauen wir nun zurück auf all das Leid, das uns im Leben angelassen, aus oder unsern Freunden, Verwandten, Bekannten, dann können wir immer wieder feststellen, daß so vieles nicht zu sein brauchte, das nichts Naturnotwendiges war, sondern doch ein obänderliches wirtschaftliches Moment die Ursache gewesen. Man spricht allerdings meist von Schicksalslägen oder von ungünstigem Zufall, doch hat das alles meist nur den äußeren Eindruck der Zufälligkeit und natürlichen Unabänderlichkeit und wenn wir tiefer schauen, dann finden wir, daß selbst ein Ereignis der allgemeinsten und unabänderlichsten Art, das sich in unserer oder unserer Freunde Familien zugetragen: daß auch der Tod nicht so unabänderlich und beständig ist, daß er vielmehr abhängt von dem wirtschaftlichen Zustand.

Man hat statistisch bewiesen, daß sowohl Lebensalter wie Arbeitsfähigkeit und Gesundheit mit dem wirtschaftlichen Verhältnissen parallel gehen. Daß der Mensch sein Daseins um so länger freuen kann, je besser er wirtschaftlich bezüglich Lohn, Arbeitsschicht, Wohnung usw. gestellt ist. Der absolute Herrscher unseres Lebens ist darum nicht wirtschaftliches Los.

Es bedeutet darum eine ausgeprägte Lebensfeindschaft, wenn der Mensch seine wirtschaftliche Lage nicht zu bessern sucht. Bessern kann der einzelne sein Los jedoch nicht. Über den einzelnen schreitet der Tod ebenso hinweg wie seine Schwestern die wirtschaftliche Not. Der Zusammenschluß allein bringt ihm wirtschaftliche Erfolg und um so größer ist der wirtschaftliche Erfolg, je mehr der Zusammenschluß eine Umgestaltung des Wirtschaftslebens im sozialen Sinne erstrebt. Die soziale Umgestaltung aber ist die sozialistische und darum ist es der Sozialismus, der das Schicksal bezwingt, der den eitenden Tod zurückschlägt und zum langsamsten Schreiten zwängt. Er ist der allgewaltige Beherrschter der Türe und der Schmid deines Glücks.

Dr. Gustav Hoffmann.

Zulösung des Kriegsministeriums. Von Polizeiamt wird uns geschrieben: Das am 3. November 1917 in Tätigkeit getretene Kriegsministerium ist nunmehr aufgelöst worden, da einmal das Verfahrsbedürfnis in der Stadt zurückgegangen ist und andererseits infolge der Heeresabschaffung jetzt Pferde und Arbeitskräfte genügend zur Verfügung stehen. Das Kriegsministerium, welches eine Dienststelle des Polizeianztes war, hat während der verschwommenen Zeit der großen Beförderungsschwierigkeiten in der Stadt außerordentlich nützlich wirken können, indem es jedem, der Bedarf nach Beförderungsmittel hatte, solche aus der Zahl der zeitweise beschäftigungslosen Beförderungsmittel der Fuhrunternehmer und sonstigen Geschäften nachmies. Die Einsichtung, daß jeder Besitzer von Zugtieren, Autos, Wagen und bspw. barbaren Fuhrwerken zugleich einen Beschäftigungsnotizwurf einreichen müsse, hat sich sehr bewährt. Es ist erreicht worden, daß sich eine Transportnot, wie sie an anderen größeren Städten bestanden hat, in Lübeck nicht mehr merkbar gemacht hat. Es sind gefordert und gestellt worden: etwa 750 Gelpanne bis zum 1. 3. 1918, etwa 750 Gelpanne bis zum 1. 7. 1918, etwa 300 Gelpanne bis zum 5. 11. 1918, etwa 250 Gelpanne bis zum 23. 2. 1919. Besonderer Dank gebührt Herrn Max Schiemann, Leithaber der Firma A. Behn u. Sohn, welcher vollkommen uneigennützig die Leitung des Kriegsministeriums mit großer Hingabe geführt hat und dem bei jener Firma angestellten Herrn Hartmann, dessen Leis bereite, nach jeder Seite hin abwägende Vermittleraktivität höherstes den Beifall der Anfordernden wie der Fuhrunternehmer gejubelt hat.

Die Zahl des Arbeitsmarktes hat sich in der letzten Woche wiederum um ein geringes günstiger gestellt. Die Zahl der Arbeitssuchenden ist auf 2233 zurückgegangen, nämlich 1490 männliche und 743 weibliche Arbeitssuchende. Es haben zwar auch in der letzten Woche an manchen Stellen Entlassungen stattgefunden. Die Zahl der Entlassungen, durchschnittlich etwa 100 am Tage, hat aber die Zahl der Entlassungen erfreulicherweise überwogen. Ein ungünstiges Bild weist die Metallindustrie mit 253 männlichen Arbeitssuchenden auf. Im Bergbauweise bestehen für die Verhältnisse zusehends; Zimmerer und überhaupt nicht mehr erwünscht; die Zahl der arbeitssuchenden Maurer ist auf 49 zurückgegangen, insgesamt entfallen auf das Baugeschäft 61 Arbeitssuchende. Die Holzindustrie mit 10 Arbeitssuchenden (1 Tischler, 1 Böttchermeister, 1 Stellmacher, 2 Drechsler und 3 Schäfer) ist fast von Arbeitssuchenden leer. In den übrigen Handwerken sind 340 vorgemerkt, darunter die Faktorei, Bader und Schäfer mit erheblichen und im wesentlichen gleichbleibenden Ziffern. Auch die Zahl der erwerbslosen Sterblichkeit ist bei dem Fortdauern der Epidemie nicht unerheblich (22). Aufmerksamkeit erfordert ist der Rückgang in der Zahl der regulären Arbeit (157) und der ungelehrten Arbeit (22). — Wenn nicht mit Rücksicht auf die Kohlen- und Betriebskostentlastungen in nächster Zeit erhebliche Entlassungen nach erfolgen sollten, ist für die nächsten Wochen mit einer erheblich weiteren Belastung in der Zahl des Arbeitsmarktes zu rechnen, einmal durch Baumwollfabrikarbeiter, welche kriegerische Notwendigkeiten verhindern, und nicht an einzelnen Orten Vereinbarungen zwischen beiden hätten. Deutlich ist auch die Abmilderung der Arbeitsschlaf offiziell verurteilt worden. Kollege Bäckerei Müller, wie schwer es gewesen sei, nur eingeschränkt Arbeit für die Werken zu schaffen, aber die Kiefer Kollegen die den ganzen Arbeitsschlaf übernommen hätten, haben gesteckt, daß auch die Arbeit mit ihren selbstgewählten Direktoren und Beamten wohl in der Regel seien, bei gewissen wichtigen Pflichterfüllung eines jeden, einen Betrieb aufrecht zu erhalten, wobei die Werke in Kiel-Wiecksort brachte ihm keine Zusätze mehr annehmen kann. Hier sei ein Stück Sozialisierung verurtheilt worden zum Segen lastender Volksgenosse. Die erste Bedingung, so legt der Referent, sei die, daß die Kollegen erlauben müßten, die Werke und den Arbeitsschlaf zum politischen Streitkampf zu machen. Die politischen Streitkämpfe müssen vor der Arbeit fortgeführt werden, dann sehe auch die Lust und Freude zur Arbeit wieder. Solange aber selbst bei den wichtigsten Gründen der politischen Standpunkt des einen oder anderen Kollegen in den Vordergrund gestellt werde, sei auch schon der Standort da und die Arbeiter würden mehr und mehr verbittert zum Schaden ihrer selbst. Peterien bedenkt die Sprengung der Arbeiterschlaf-Schlafzettel in Hamburg am 5. Januar; dies sei

eine Unnützheit gewesen, die heute auch alle zeigen. Redner wünscht dann eine endete Beschilderung der künftigen Werftarbeiter-Konferenzen. Vor wilden Sachen kann nicht genug gewarnt werden. Auf den neuen Erfolg des Demobilisationskomitees eingehend, der die früheren Lohnabschaffungen aufhebt, sagte Kollege Petersen, daß unter keinen Umständen Werkschlechterungen vorgenommen werden dürften, wie es auch die Centralwerkstättenkonferenz zum Ausdruck gebracht hat. Dann ging der Referent zu den Aufgaben der Betriebsräte über. Alle Macht den Betriebsräten sei Anfang und ein Schlagwort sich radikal gebender Leute. Wenn dagegen die Betriebsräte ihre Aufgabe darin erledigen, gemeinsam mit den maßgebenden Betreibern die deutsche Industrie wieder aufzubauen, dann könnten und müssten sie für die ganze Arbeiterschicht wirken. In Hamburg haben die Betriebsräte, die auf alten Werken bestehen, im Verein mit den Angestellten eine Tätigkeit entfaltet, die Zustimmung weit über die Kreise der Arbeitnehmer geflossen hat. Grundbedingung sei, daß jeder Arbeiter organisiert sei, sonst würden die Schwierigkeiten, die einzelne kurzfristige Unternehmungen immer wieder machen, wie die der Gesellmühle und Bremerhavener Werksbesitzer zeigen, und allen die Arbeit erschweren. Die Versammlungen der Betriebsräte und Arbeiterausschüttungsglieder während der Arbeitszeit müßten so weit wie möglich eingeschränkt werden. Es muß eben alles Hand und Fuß haben. Auf der andern Seite müsse allerdings auch mit dem Bürokratismus in dem Wirtschaftsamt und and deren Behörden aufgeräumt werden. Hier helfen allerdings nicht das Hineinbringen einer Anzahl unserer Kollegen und Genossen, sondern das System muß geändert werden. Wenn es der Arbeiterklasse gelingt, geistig sozialistische Ausführung in die Reihen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hineinzutragen, dann würde die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeigen, daß sie imstande ist, die Fortführung dieses entzündlichen Kriegs recht bald hinter und entfloß mit ihnen. Es handelt sich um Leute, die zum Teil erheblich vorbestraft sind und sich wegen Eindrucks und schweren Diebstahl verantworten sollten. Bisher ist es gelungen, einen der Ausbrecher wieder zu verhaften.

### Fünf Untersuchungsfestungen aus dem Marschallgefängnis ausgebrochen.

Am Sonntag nachmittag wurde im hiesigen Marschallgefängnis ein Wärter von einem als Kalfaktor tätigen Untersuchungsfestungen mit dem Schlüsselbund hinterlüftet niedergeschlagen. Dann befreite der Täter seine Hölzerketten und entfloß mit ihnen. Es handelt sich um Leute, die zum Teil erheblich vorbestraft sind und sich wegen Eindrucks und schweren Diebstahl verantworten sollten. Bisher ist es gelungen, einen der Ausbrecher wieder zu verhaften.

### 40 Zentner Hafer im Möbelwagen!

Der Polizeiabteilung des A. u. S. Rates Lübeck wurde gemeldet, daß ein bekannter hiesiger Spediteur B... von Ahrensböök nach Lübeck einen Möbelwagen rollen habe. Da der dringende Verdacht bestand, daß eine Schließung stattfinden sollte, wurden von der Polizeiabteilung des A. u. S. Rates sowie von der hiesigen Kriminalpolizei die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Nach Angabe des Spediteurs sollte der Möbelwagen leer einlaufen. Schließlich gab er jedoch zu, daß sich in dem Wagen 8 Zentner Hafer befänden. Eine Bewachung wurde sofort angeordnet und nach dem Abrollen des Wagens wurden denselben 40 Zentner Hafer sowie 75 Pfund Grüne, Mehl und Flecken entladen und beschlagnahmt.

Die Einführung der siebenjährigen ungeteilten Dienstzeit wird von den Bürokratischen Staatsbeamten gewünscht, doch hat die Beamtenkommission des Senates dieser Forderung bisher ihre Zustimmung nicht gegeben. Am Montag abend beschäftigte sich eine Versammlung des Vereins Lübeckischer Staatsbeamten mit dieser Angelegenheit. Es gelangte einstimmig folgende Entscheidung zur Annahme: „Die in den Zentralhallen abgehaltenen Versammlungen des Vereins Lübeckischer Staatsbeamten, die von weit über 500 Beamten und Angestellten besucht ist, hat einstimmig gefordert und gestellt worden: etwa 750 Gelpanne bis zum 1. 3. 1918, etwa 750 Gelpanne bis zum 1. 7. 1918, etwa 300 Gelpanne bis zum 5. 11. 1918, etwa 250 Gelpanne bis zum 23. 2. 1919. Besonderer Dank gebührt Herrn Max Schiemann, Leithaber der Firma A. Behn u. Sohn, welcher vollkommen uneigennützig die Leitung des Kriegsministeriums mit großer Hingabe geführt hat und dem bei jener Firma angestellten Herrn Hartmann, dessen Leis bereite, nach jeder Seite hin abwägende Vermittleraktivität höherstes den Beifall der Anfordernden wie der Fuhrunternehmer gejubelt hat.“

Die Einführung der siebenjährigen ungeteilten Dienstzeit wird von den Bürokratischen Staatsbeamten gewünscht, doch hat die Beamtenkommission des Senates dieser Forderung bisher ihre Zustimmung nicht gegeben. Am Montag abend beschäftigte sich eine Versammlung des Vereins Lübeckischer Staatsbeamten mit dieser Angelegenheit. Es gelangte einstimmig folgende Entscheidung zur Annahme: „Die in den Zentralhallen abgehaltenen Versammlungen des Vereins Lübeckischer Staatsbeamten, die von weit über 500 Beamten und Angestellten besucht ist, hat einstimmig gefordert, die ungeteilte Arbeitszeit von 8 bis 3 Uhr bei sämtlichen Behörden spätestens ab 1. April dieses Jahres einzuführen. Die Versammlung hat mit lebhaften Bedauern davon Kenntnis genommen, daß die Beamtenkommission angeblich einen ablehnenden Standpunkt vertreten hat. Die Beamtenfahrt gibt sich jedoch der bestimmten Erwartung hin, daß der Senat dem Anteile der Beamtenkommission nicht folgen wird, schon aus den Gründen nicht, um die Erregung der Beamten und Angestellten, die durch das Gericht entstanden ist, wieder zu beenden.“ Ferner wurde eine Kommission eingesetzt, die in dieser Angelegenheit beim Bürgermeister vorstellig werden und darauf hinweisen soll, daß bei abermaliger Ablehnung der Forderung möglicherweise passiver Widerstand geleistet werden könnte, d. h. daß man nachmittags gar nicht oder so gut wie gar nicht arbeite.

Die Lübecker gemeinnützige Milchwirtschaft e. G. m. b. H. hat eine zeitgemäße Einrichtung getroffen. Sie hat aus der Zahl ihrer Hörner einen Betriebsausschuß gebildet, dessen Mitglieder etwaige Forderungen über die Milchlieferung der Genossen durch die Milchabteilungen entgegennahmen und prüfen. Ansonst bleibt es dabei unberücksichtigt. Die Einrichtung wird zweifellos dazu beitragen, Milchverständnis zu beseitigen und Zuverlässigkeit zu schaffen. Gerade die Zusammenarbeit von Konsumanten und Milchjädlern dürfte besonders segensreich wirken. Erwähnt mag werden, daß die Lübecker Gemeinnützige Milchwirtschaft, die vor noch nicht 1½ Jahren ihren Betrieb eröffnete, bereits zu den größten deutschen Genossenschaften zählt. Im Jahre 1918 hat die Genossenschaft ca. 1½ Millionen Liter Milch in Lübeck verarbeitet, die früher nicht nach Lübeck gekommen ist. Neue Mitglieder nimmt die Genossenschaft vorläufig nicht auf.

Verband von Kriegshinterbliebenen. Da durch das neue Reichsgesetz auch in den Angelegenheiten der Kriegshinterbliebenen durchgreifende Änderungen bevorstehen, haben sich am Sonntag, 9. März, eine Gruppe von Kriegerwitwen aller Stände unter Leitung von Frau Adele Kraut an einem Verband von Kriegshinterbliebenen in Lübeck zusammengetroffen. Der Verband will in jeder Weise die Interessen der Kriegshinterbliebenen wahrnehmen; er will geeignete Vertreterinnen dem Rat der Hauptverwaltung in Vorschlag bringen und eine Beratungsstelle eröffnen, wo jede Kriegshinterbliebene sich Rat und Hilfe in ihren Angelegenheiten holen kann. Der Verband wird sich in politischen und religiösen Fragen vollständig neutral verhalten. Den Vorsitz hat Frau Elsilia Schneiders, Kaiser-Wilhelmstr. 13, übernommen. Das heißt, einzelne Täglichsterne jeden Freitag von 8—9 Uhr die Beratungsstelle. Schriftführerin ist Frau Zimmermann, Friedenstr. 12, Kaiser-Wilhelmstr. Frau Grantham, Gladengießerstr. 49. Es ist zu erwünschen, daß möglich jede Kriegshinterbliebene sich dem Verband anschließe, da nur bei zahlreicher Mitgliedschaft wirklich durchgreifende Forderungen erreicht werden können. Der Kreisverband betreibt 2 Wl. Möge der Verband vielen Kriegshinterbliebenen eine Hilfe werden.

Jahresbericht der Ortsgruppe Lübeck des deutschen Arbeiterschutzbundes. Unsere Tätigkeit im letzten Kriegsjahr erwähnt sich in der Hauptseite darauf beschränkt, den Bestand unserer Ortsgruppe nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten. An eine besondere sozialistische Betätigung konnte auch



## Landesgriffen.

Gutin, den 3. März 1919.  
Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Landesvorstandes vom 18. August v. J. wird bekannt gemacht, daß Kranenbäck (Weizenbrot und Hwiedack) vom 15. d. Mts. ab von den nachstehend aufgeführten Bäckern hergestellt wird:

- Beuth, Gutin,
- Wegner, Gutin,
- Petzold, Gutin,
- Otto Bähnck, Gutin,
- Wriedt, Gutin,
- Jensen, Gutin,
- Jobs, Bähnck, Gutin,
- Schleiter, Gutin,
- Küssendorf, Schwartzau,
- Krohnsch, Schwartzau,
- Klett, Schwartzau,
- Döse, Ahrensböck,
- Ehler, Ahrensböck,
- Biebusch, Ahrensböck,
- Wulff, Malente,
- Strack, Malente,
- Mahlstedt.

(10427)

## Gerrientobrunnen.

Hauptversammlung  
am Sonnabend, dem 13. März,  
nachm. 5 Uhr,  
im Hause der Ges. zur Beförd.  
gem. Tätigkeit,  
S. O.: Jahresbericht, Rechnungs-  
ablage, Leyden.  
(10400) Der Vorstand.

## Stummfilmdienst.

sind eingetroffen. (10441)

**Kriegshilfe.**  
Abt.: Schuhfürsorge,  
Königstraße 19.

## D. T. V.

Vorstandssitzung  
Donnerstag abends 8 Uhr  
im Bureau.

für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Verbindung  
danken herzlich! (10392)

Emmi Löwigt  
Otto Bredé.

Flug für uns schwerkräftige verlor am Montag  
morgen unsere liebe herzigste  
einzige Tochter.

**Hildegard**

im zweiten Alter von 1½ Jahren. Sie betreut von  
den Eltern. (10429)

Hugo Newroth und Frau

geb. Jürgens.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend 2½ Uhr von der

Leichenhalle Vormerl aus statt.

Nach längstem schwerem  
Leidendeit ist am 10. März  
meine liebe Frau, unsere  
liebe Mutter, Schwiegermutter  
und Großmutter

**Elisabeth Hansen**

geb. Moll

tief betrauert und Kaiserlich  
vermählt von ihrem  
Gatten. (10425)

Claus Hansen

und allen Angehörigen.  
Böhmen, den 12. März 1919.  
Hundestr. 62.

Die Trauerfeier findet am  
Freitag, dem 14. März, zeit-  
weilig 10½ Uhr, in der  
Kapelle des Werkstätter  
Arbeitskreises statt.

**Deutscher**

Fangernaherheitsverband  
Ortsverwaltung Lübeck

**Nachruf.**  
Am Montag, dem 10. März,  
sterbte unter langjähriger  
Angestell., der Betriebs-  
arbeiter

**Conrad Timm.**

Ehe seinem Anderthalb  
Die Beerdigung findet am  
Samstag, den 15. März,  
nachmittags 1½ Uhr, auf  
dem Corvinier Friedhof  
am, Gemmingen, der  
gelegten Toten.

1919 die Ortsverwaltung.

Gutin, den 3. März 1919.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Landesvor-  
standes vom 18. August v. J. wird bekannt gemacht, daß Kranen-  
bäck (Weizenbrot und Hwiedack) vom 15. d. Mts. ab von den  
nachstehend aufgeführten Bäckern hergestellt wird:

- Boldt, Malente,
- Glaßau, Neukirchen,
- Wärnecke, Hakenburg,
- Dreckmann, Gr. Strelade,
- Lühr, Niendorf,
- Schütt, Gr. Barth,
- Hornemann, Rensefeld,
- Rieß, Seereb,
- Dose, Ratekau,
- Remstädt, Pansdorf,
- Maaß, Timmendorferstrand,
- Brausch, Bosau,
- Hesse, Gleichenhorst,
- Jarchow, Bujendorf,
- Lüdeske, Gaffrung,
- Schulz, Scharbeutz.

Mahlstedt.

(10427)

## Gerrientobrunnen.

Hauptversammlung  
am Sonnabend, dem 13. März,

nachm. 5 Uhr,  
im Hause der Ges. zur Beförd.  
gem. Tätigkeit.

S. O.: Jahresbericht, Rechnungs-  
ablage, Leyden.

(10400) Der Vorstand.

## Stummfilmdienst.

sind eingetroffen. (10441)

**Kriegshilfe.**  
Abt.: Schuhfürsorge,  
Königstraße 19.

## D. T. V.

Vorstandssitzung  
Donnerstag abends 8 Uhr  
im Bureau.

für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Verbindung  
danken herzlich! (10392)

Emmi Löwigt  
Otto Bredé.

Flug für uns schwerkräftige verlor am Montag  
morgen unsere liebe herzigste  
einzige Tochter.

**Hildegard**

im zweiten Alter von 1½ Jahren. Sie betreut von  
den Eltern. (10429)

Hugo Newroth und Frau

geb. Jürgens.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend 2½ Uhr von der

Leichenhalle Vormerl aus statt.

Nach längstem schwerem  
Leidendeit ist am 10. März  
meine liebe Frau, unsere  
liebe Mutter, Schwiegermutter  
und Großmutter

**Elisabeth Hansen**

geb. Moll

tief betrauert und Kaiserlich  
vermählt von ihrem  
Gatten. (10425)

Claus Hansen

und allen Angehörigen.  
Böhmen, den 12. März 1919.  
Hundestr. 62.

Die Trauerfeier findet am  
Freitag, dem 14. März, zeit-  
weilig 10½ Uhr, in der  
Kapelle des Werkstätter  
Arbeitskreises statt.

**Deutscher**

Fangernaherheitsverband  
Ortsverwaltung Lübeck

**Nachruf.**  
Am Montag, dem 10. März,  
sterbte unter langjähriger  
Angestell., der Betriebs-  
arbeiter

**Conrad Timm.**

Ehe seinem Anderthalb  
Die Beerdigung findet am  
Samstag, den 15. März,  
nachmittags 1½ Uhr, auf  
dem Corvinier Friedhof  
am, Gemmingen, der  
gelegten Toten.

1919 die Ortsverwaltung.

Gutin, den 3. März 1919.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Landesvor-  
standes vom 18. August v. J. wird bekannt gemacht, daß Kranen-  
bäck (Weizenbrot und Hwiedack) vom 15. d. Mts. ab von den  
nachstehend aufgeführten Bäckern hergestellt wird:

- Boldt, Malente,
- Glaßau, Neukirchen,
- Wärnecke, Hakenburg,
- Dreckmann, Gr. Strelade,
- Lühr, Niendorf,
- Schütt, Gr. Barth,
- Hornemann, Rensefeld,
- Rieß, Seereb,
- Dose, Ratekau,
- Remstädt, Pansdorf,
- Maaß, Timmendorferstrand,
- Brausch, Bosau,
- Hesse, Gleichenhorst,
- Jarchow, Bujendorf,
- Lüdeske, Gaffrung,
- Schulz, Scharbeutz.

Mahlstedt.

(10427)

## Gerrientobrunnen.

Hauptversammlung  
am Sonnabend, dem 13. März,

nachm. 5 Uhr,  
im Hause der Ges. zur Beförd.  
gem. Tätigkeit.

S. O.: Jahresbericht, Rechnungs-  
ablage, Leyden.

(10400) Der Vorstand.

## Stummfilmdienst.

sind eingetroffen. (10441)

**Kriegshilfe.**  
Abt.: Schuhfürsorge,  
Königstraße 19.

## D. T. V.

Vorstandssitzung  
Donnerstag abends 8 Uhr  
im Bureau.

für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Verbindung  
danken herzlich! (10392)

Emmi Löwigt  
Otto Bredé.

Flug für uns schwerkräftige verlor am Montag  
morgen unsere liebe herzigste  
einzige Tochter.

**Hildegard**

im zweiten Alter von 1½ Jahren. Sie betreut von  
den Eltern. (10429)

Hugo Newroth und Frau

geb. Jürgens.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend 2½ Uhr von der

Leichenhalle Vormerl aus statt.

Nach längstem schwerem  
Leidendeit ist am 10. März  
meine liebe Frau, unsere  
liebe Mutter, Schwiegermutter  
und Großmutter

**Elisabeth Hansen**

geb. Moll

tief betrauert und Kaiserlich  
vermählt von ihrem  
Gatten. (10425)

Claus Hansen

und allen Angehörigen.  
Böhmen, den 12. März 1919.  
Hundestr. 62.

Die Trauerfeier findet am  
Freitag, dem 14. März, zeit-  
weilig 10½ Uhr, in der  
Kapelle des Werkstätter  
Arbeitskreises statt.

**Deutscher**

Fangernaherheitsverband  
Ortsverwaltung Lübeck

**Nachruf.**  
Am Montag, dem 10. März,  
sterbte unter langjähriger  
Angestell., der Betriebs-  
arbeiter

**Conrad Timm.**

Ehe seinem Anderthalb  
Die Beerdigung findet am  
Samstag, den 15. März,  
nachmittags 1½ Uhr, auf  
dem Corvinier Friedhof  
am, Gemmingen, der  
gelegten Toten.

1919 die Ortsverwaltung.

Gutin, den 3. März 1919.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Landesvor-  
standes vom 18. August v. J. wird bekannt gemacht, daß Kranen-  
bäck (Weizenbrot und Hwiedack) vom 15. d. Mts. ab von den  
nachstehend aufgeführten Bäckern hergestellt wird:

- Boldt, Malente,
- Glaßau, Neukirchen,
- Wärnecke, Hakenburg,
- Dreckmann, Gr. Strelade,
- Lühr, Niendorf,
- Schütt, Gr. Barth,
- Hornemann, Rensefeld,
- Rieß, Seereb,
- Dose, Ratekau,
- Remstädt, Pansdorf,
- Maaß, Timmendorferstrand,
- Brausch, Bosau,
- Hesse, Gleichenhorst,
- Jarchow, Bujendorf,
- Lüdeske, Gaffrung,
- Schulz, Scharbeutz.

Mahlstedt.

(10427)

## Gerrientobrunnen.

Hauptversammlung  
am Sonnabend, dem 13. März,

nachm. 5 Uhr,  
im Hause der Ges. zur Beförd.  
gem. Tätigkeit.

S. O.: Jahresbericht, Rechnungs-  
ablage, Leyden.

(10400) Der Vorstand.

## Stummfilmdienst.

sind eingetroffen. (10441)

**Kriegshilfe.**  
Abt.: Schuhfürsorge,  
Königstraße 19.

## D. T. V.

Vorstandssitzung  
Donnerstag abends 8 Uhr  
im Bureau.

für erwiesene Aufmerksamkeiten zu unserer Verbindung  
danken herzlich! (10392)

Emmi Löwigt  
Otto Bredé.

Flug für uns schwerkräftige verlor am Montag  
morgen unsere liebe herzigste  
einzige Tochter.

**Hildegard**

im zweiten Alter von 1½ Jahren. Sie betreut von  
den Eltern. (10429)

Hugo Newroth und Frau

geb. Jürgens.

Die Beerdigung findet am

Sonnabend 2½ Uhr von der

Leichenhalle Vormerl aus statt.

Nach längstem schwerem  
Leidendeit ist am 10. März  
meine liebe Frau, unsere  
liebe M

**Die Tat!**

Wir lesen in unserem Nürnberger Bruderblatt:

Die größte Gefahr aller Revolutionen besteht darin, daß sie sich in Diskussionen verlieren, daß das Wort allmächtig herrscht und die schlimmste aller Illusionen erzeugt wird, nämlich die Illusion: geredet wäre gehandelt. Auch unsere Revolution droht außerzugehen in einer endlosen und hemmungslosen Debatte. Diese Debatte wird überall geführt, in großen und kleinen Amtssälen, in den Werkstätten und Wirtschaften und überall, wo sich öffentliches Leben abspielt. Diese Debatte füllt die Spalten unserer Zeitungen, sie tritt uns gedruckt in Broschüren, Aufrufen und Anträgen entgegen.

Wollen wir der Revolution des deutschen Proletariats das Schicksal der meisten politischen Umrüttlungen des Bürgertums ersparen, so gibt es dazu nur ein Mittel: Die Tat, die in wahrhaft sozialistischen Sinne vorbereitet und ausgeführte Tat! Heute ist gut zu seiner Zeit, handeln aber ist immer und zu jeder Zeit besser.

Aus dieser Einsicht heraus haben das Kommando III. U.-K., der Vollzugsausschuss des Arbeiters und der Nürnberger Soldatenrat für den Bereich des III. U.-K. zur tätigen Initiative geäufft. Ein öffentlicher Anschlag hat das Volk im Bereich des III. U.-K. vor einigen Tagen auf Dinge vorbereitet, die zu geschehen haben, wenn uns der Abgrund nicht verschlingen soll, der sich gähnend vor uns auftut. Es heißt in dieser Bekanntmachung:

An die Bevölkerung im Bereich des III. U.-K.

Das Kommando des 3. bayer. U.-K. erklärt folgende den augenblicklichen Notständen Rechnung tragende Anordnungen:

1. Die Säze der Erwerbslosenfürsorge dürfen im Körpersbereich solange nicht unter ihren jetzigen Stand herabgesetzt werden, als der Abbau der Lebensmittelpreise, der mit aller Energie in Angriff genommen wird, erfolgt ist.

2. Alle im Körpersbereich in Händen der Heeresverwaltung und der bayerischen Verwertungsstellen für Heeresgut befindlichen Kleidungsstücke werden umgehend zu den Gesteinslosen an die Zivilbevölkerung ausgegeben.

3. Das Kommando wird mit aller Energie die Bauern zur ordnungsmäßigen Ablieferung der Lebensmittel veranlassen.

4. Alle Wohnungen, soweit sie 5 Zimmer für eine nicht außergewöhnliche kinderreiche Familie übersteigen, sind zur Behebung der Wohnungsnot beschlagnahmt. Alle für die Militärbehörden nicht benötigten Soldaten werden sofort entlassen. Alle dadurch freiwerdenden Kasernen stehen den Gemeindeverwaltungen sofort zu Wohnungsawarden zur Verfügung.

5. Zur Behebung der Wohnungsnot wird sofort ein großzügiges Siedlungsprojekt in Angriff genommen.

6. Von den Besitzenden, insbesondere von denen, die aus dem Kriege Nutzen gezogen haben, erwarten wir, daß sie nicht bloß die Verpflichtung moralisch empfinden, dies Siedlungsprojekt im Interesse der Besitzlosen und der durch den Krieg schwer Leidenden zu fördern, sondern daß sie auch finanziell alles tun und nichts unterlassen, damit es so wirtschaftlich und großzügig als möglich durchgeführt werde.

7. Damit der Vollzug dieser Anordnung im sozialistischen Sinne gewährleistet ist, werden sofort allen Gemeindeverwaltungen, Bezirksämtern und Regierungen des Körpersbereichs Arbeiterräte eingeschleift.

Das Kommando wird jeden Widerstand gegen diese Anordnung rücksichtslos bekämpfen. Die Bevölkerung des Körpersbereichs wird ersucht, sich im Interesse der Erwerbslosen, der Kriegsbeschädigten, der Kriegsteilnehmer und der ganzen Arbeiterchaft geschlossen hinter die sozialen Maßnahmen des Kommandos zu stellen, damit sie restlos durchgeführt werden können.

In einer übersättigten, von Tausenden besuchten Versammlung in Herkules-Befehlshof wurden diese Notwendigkeiten durch Dr. Winterger beglaubigt. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche besagt, daß es nur möglich sein werde, die großen Arbeiten in einem geordnetlichen Ende zu führen, wenn Ruhe und Ordnung herrschen und Elemente, die sich dagegen sträuben, zurückgedrängt werden.

Außerdem wurde eine Resolution der Unabhängigen angenommen, worin die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, soweit sie sich keine anderen Vergehen haben zu schulden kommen lassen, verlangt wird. Da diese Entschließung der Mehrheit der Versammlung nicht weit genug

ging, fand ein Antrag aus der Mitte der Versammlung Annahme, eine Kommission von sechs Mitgliedern aus den Erwähnten zu wählen, die sich betreffs der Freilassung der politischen Gefangenen mit dem I. U.-K. sofort ins Benehmen setzen soll.

**Parteitag — Parteiausschuß.**

Über die Einberufung eines sozialdemokratischen Parteitages, die nicht nur in der Presse und den Organisationen, sondern auch in der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung bereits eingehend erörtert wurde, äußerte sich ein Mitglied des Parteivorstandes in folgender Weise:

Wenn zurzeit ein Parteitag einberufen würde, könnte es sich nur um einen Notparteitag handeln, denn es ist natürlich in der jetzigen Zeit ganz unmöglich, auf längere Zeit im voraus zu disponieren und 8 Tage die wichtigsten Parteigenossen aus dem ganzen Reich zu dem Parteitag zusammenzubringen, ganz abgesehen davon, daß die besetzten Gebiete hier nicht ordnungsgemäß vertreten sein könnten.

Der Wunsch nach dem Parteitag wird herorgerufen durch das Bestreben der Parteigenossen, ihre Organisationen auch in der Form den veränderten Verhältnissen anzupassen. Nachdem das Verhältniswahlrecht die alte Wahlkreiseinteilung beläuft hat, ist es ganz selbstverständlich, daß auch die Organisation sich künftig nicht mehr auf den alten Reichstagswahlkreisen aufbauen kann und in den Einzelbezirken eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Bezirksverband und den örtlichen Organisationen hergestellt werden muß. Zurzeit könnte aber ein Parteitag diese Fragen nicht endgültig regeln, weil noch nicht feststeht, ob nach dem von der Nationalversammlung zu beschließenden Wahlgesetz für den zukünftigen Reichstag dieselben Wahlkreisgrenzen beibehalten werden, die für die Wahlen zur Nationalversammlung vorgesehen waren. Der Wunsch auf Abhaltung eines Parteitages wird vor allem auch damit begründet, daß die Parteileitung einer Ergänzung bedarf. Wegen Vornahme einer solchen Ergänzung schweben schon seit einiger Zeit Verhandlungen. Es ist selbstverständlich, daß die Parteileitung erneutet werden muß, da der Parteivorsitzende Ebert infolge seiner Wahl zum Reichspräsidenten ausschied ist und nachdem der andere Vorsitzende, Scheidemann, durch die Geschäfte des Reichsministerpräsidenten im weiteren Umsange in Anspruch genommen ist.

Im übrigen lebt ja nicht nur die Zentralleitung, sondern auch die Bezirksorganisation und Ortsorganisation darunter, daß so viele an der Spitze der Organisation stehende Genossen seit der Revolution viel intensiver in Staat und Gemeinde tätig sind, als das unter den früheren Verhältnissen der Fall war. Hier gilt es, in reichem Maße junge Kräfte zur Arbeit heranzuziehen. Bei der Revolution sind in ungeahntem Maße neue Mitglieder zugewichen, die jetzt bei der Partei gehalten werden müssen.

Der Parteivorsitzende hat sich mit der Fraktion dahin verständigt, daß am Sonnabend, dem 22. März, nachmittags, und Sonntag, dem 23. März, in Berlin eine gemeinsame Sitzung von Parteiausschuß sozialdemokratischer Fraktion der Nationalversammlung und Kontrollkommission stattfindet, in der die schwedenden politischen und organisatorischen Fragen eingehend besprochen werden sollen und insbesondere über die Möglichkeit der Abhaltung eines Parteitages zu entscheiden sein wird. Die Beteiligten sind sich wohl bewußt, daß eine solche Zusammenkunft kein Erfolg auch nur für einen Notparteitag sein kann, aber immerhin sind nach Einführung des Verhältniswahlrechts doch in der Fraktion wie im Parteiausschuß alle Bezirke angemessen vertreten.

**Hier Hunger — dort Überflüß.**

Die Waffenstillstandsverhandlungen sind abgebrochen und die Frage ist heute auf vielen Lippen: Wie werden wir die nächsten Monate bis zur neuen Wente überstehen? In der deutschen Nationalversammlung sagte Dr. Heim vom Bayerischen Bauernbund:

"Wir haben noch für 9—10 Wochen Lebensmittel. Dann werden die Hungenden von der Straße in die Häuser gehen und dann kommt das zweite Stadium, die Plünderungen auf dem Lande."

In der amerikanischen Zeitung "New Republic" dagegen wird gesagt, daß die Welt von einem Überfluss an Weizen bedroht ist. Die amerikanische Weizenernte 1918 war mit 917 Millionen Bushels die zweitgrößte in der Geschichte der Vereinigten Staaten und ließ einen ausführbaren Überfluss von 300 Millionen Bushels, genügend, um 60 Millionen Menschen ein Jahr lang zu ernähren. Von diesem Überfluss waren am 4. Januar noch 269 Millionen Bushels (also 87 v. H.) unverkauft. Die Produktion

von 1919 dürfte noch größer sein. Die bebaute Winterweizenfläche war um 16,5 v. H. größer als in 1918, und die Fläche des Frühjahrsweizens wird sogar noch größer sein, weil Weizen die einzige Getreide mit einem garantiierten Preis ist. Die Weizenernte 1919 wird auf 1100 Millionen Bushels geschätzt, von denen 500 Millionen den ausführbaren Überfluss darstellen.

Zu den Jahren vor dem Kriege führte Europa nach der Statistik von Walter Weyl alles in allem nur 467 Millionen Bushels ein, davon aus den Vereinigten Staaten nur 68 Millionen Bushels. Außer dem Überfluss der Vereinigten Staaten verfügt aber auch Australien über 200 Millionen Bushels unbeschädigten Ausfuhrweizen und Argentinien über weitere 60 Millionen Bushels. Die europäischen Staaten haben außerdem den Weizenanbau finanziell unterstützt. Es ist klar, daß ein gewaltiger Überfluss an Weizen entstehen wird und daß die Preise stark fallen müssen. Der Preiszettelgang hat bereits eingefangen. Eine gute Nachricht für die Armen der Welt, aber nicht für manche Finanzmärkte. Die britische Regierung hat den Weizenpreis garantiert; diese Garantie wird ihr notgedrungen Verluste bringen. Außerdem zahlt sie auch einen Teil des Brotpreises.

Man schätzt, daß die amerikanische Regierung durch ihre Weizenpreis-Garantie 200 Millionen Pfund Sterling verlieren wird. Aber damit noch nicht genug. Es gibt in den Vereinigten Staaten auch keine Vorkehrungen, um den gewaltigen Überfluss einzulagern. Wir machen ihnen verbrennen müssen? — fragen die Sachverständigen — eine interessante Frage, während gleichzeitig Russland und Mitteleuropa Hungersnöte haben.

**Politische Rundschau.****Deutschland.****Abschluß der Waffenlieferungen an die Entente.**

Die im Waffenstillstandsvertrag vorgesehene Lieferung von deutschem Kriegsmaterial an die Entente ist, wie Rubant in einer Note feststellte, am 7. März zum Abschluß gekommen. Das zurückgewiesene und überschüssige Material könne deutscherseits im Brückenkopf Mainz in Empfang genommen werden.

**Sozialdemokratische Mehrheit.**

Bei den Wahlen zum Meiningen Landtag sind voraussichtlich gewählt: 13 Mehrheitssozialisten, 2 Unabhängige, 3 Demokraten, 3 nationale Volkspartei, 3 Bauernbündler.

**Neue Steuern.**

Die "B. 3." kündigt an, daß unter den neuen Steuern die Finanzminister Schiffer vorlegen wird, auch eine Tabak- und eine Zündholzsteuer sein werden. Die Zigaretten sollen künftig ebenso wie die Zigaretten durch eine Bandestaxe belastet werden.

**Einschätzungen für Beamte.**

Die Regierung hat der vom Deutschen Beamtenbunde erhobenen Forderung um Erhöhung und Vereinheitlichung der laufenden Kriegszuwendungen wie folgt entsprochen: Gezahlt sollen ab 1. Januar 1919 werden pro Monat:

**Geholtszüge** **Leistungsbereiche wie bisher**  
A. (teuerste Orte) B. C.

Kinderzulage	Kinderzulage	Kinderzulage		
bis 1800 Mt. 200 Mt. 50 Mt.	180 Mt. 40 Mt. 30 Mt.	180 Mt. 40 Mt. 30 Mt.		
1801—4800	195	170	140	90
4801—18000	190	160	180	80

**Betriebszulagen, Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungs-**  
**zulagen** fallen vom 1. Januar 1919 ab weg. Ledige Beamte erhalten 80 v. H. der kinderlos verheirateten; solche mit eigenem Haushalt werden wie verheiratete behandelt.

**Wahlen im Fürstentum Waldeck.**

Bei den Landtagswahlen wurden gewählt, im Wahlkreis Waldeck: 5 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationale, 3 Demokraten, 3 Waldecker Volksbündler und 1 Volksparteier; im Wahlkreis Pyrmont: 2 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler und 1 Demokrat.

Willi tat, wie ihm gehörte. Etwas Bedeutliches zeigte sich in nicht in seinem Hals, nur eine starke Mandibelwölbung, die ihm einige Tage Ruhe aufzufüllen.

Mitte Februar steht mein Debüt in Wien bevor, Doktor," ergäbte er diesem noch.

Lieber Gott, das sind ja noch sechs Wochen," lachte Rittershaus. "Bis dahin —!"

Ja, bis dahin —! Ein Ereignis von weitem Schüttender Bedeutung, lieber Doktor. Gesäß ich dort, wie hier, so bin ich auf fünf Jahre fest Hofburgtheater, was ich bleiben will mein Lebenlang. Auch für Jenny kommt die Frage in Betracht —"

Natürlich: Jenny, Jenny und noch mal Jenny!

Doch ich sie dann mit mir nehme, sofern alles klappt, soll schon längst im Buch der Forschung geschrieben.

Und sie —? Ja, wenn das Mädel aber nun nicht will?

Haha, lachte siegesbewußt Cornelius junior, sie wird schon. Das gelungene Beispiel der zwei vereinten Nohashels sagt am beiden keine Ruhe mehr.

Glücklicher Knabe," dachte resigniert der Doktor, als er den Patienten an der Tür verabschiedete und ihn auf übermorgen wiederholt.

Auf übermorgen — über schon am nächsten Morgen erscheint Willi abermals.

„So früh?" empfing ihn Rittershaus. „Hat sich der Kater verschlummert?"

Gott bewahre, Doktor, aber hören Sie den Auffall. Gestern nachmittag sprechen wir zwei von der Herzog und von Frankfurt und am Abend im Theater werde ich von Jungmahr beauftragt, morgen darin zu fahren.

Närrisch, gab Rittershaus zu.

Nicht wahr? Ein Stück soll ich mir ansehen, das dort eigentlich gegeben wird und auch hier aufgenommen ist. Die jugendliche Rolle darin fällt mir zu, deshalb soll ich mich mit der Aufführung des Frankfurter Kollegen bekannt machen.

Caramos. Da werden Sie dann wohl auch die Nohashels begutachten?

Ganz sicher, ganz gewiß.

Grüßen Sie dann Frau Daniels recht, recht herzlich.

Willi traf am nächsten Tage vormittags in Frankfurt ein. Besiedelt, wie er noch war und ein genauer Rechner vom Hause aus, nahm er in einem mittleren Gaffhof auf der Kronprinzenstraße Quartier, wo er zunächst etwas frühstückte. Dann begab er sich auf einen Rundgang in die innere Stadt, die ihn mit all ihren Sehenswürdigkeiten freudig empfing.

**Zeitung**

**Eine königliche Schauspielerin.**

Roman von Ludwig Bandler.

Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

XX.

Kurz nach Daniela's Verheiratung war es plötzlich wie eine Flut von Arbeit über Doktor Rittershaus gekommen. Ein ihm bestreuter Kollege, der zu den meistbeschäftigt gebliebenen der Residenz gehörte, stand im Begriff, sich wegen jahrelanger Überarbeitung ruhebedürftig zu erklären und einen erheblichen Teil seiner Praxis abzugeben.

Gerade zu Max Rittershaus, der, wenn auch außerordentlich wichtig, es trotzdem noch zu seinem ausreichenden Patientenkreis hörte, hegte er volles Vertrauen. Er trug ihm an, sein instwilliger Vertreter mit der Amtschaft auf eine feste Nachfolge zu übergeben.

Keinen Moment zögerte Rittershaus, rüstig zugreifen und in, im Zusammenhang mit seiner schon bestehenden Tätigkeit auch für ihn etwas überreiches Maß von Arbeit auf sich zu nehmen. War er doch mit Leib und Seele Arzt. Ein Juwel darin, sich selbst mit Aufopferung der eigenen Person für seine Freunde einzusehen, die ihre Gesundheit ihm anvertrauten, konnte er nicht und ging, unbedrängt um sein "Ja" entzückt, in die Behandlung eines wesentlich erweiterten Kreises leidender Menschen.

Es war begreiflich, daß er über seine Freunde und deren Dichtigkeit, über ihren oft verhängnisvollen Ernst, seltener als unter den bisherigen Verhältnissen dazu kam, seine bei Daniela's zu ihrer Überredung nach Frankfurt regelmäßig abgesetzten.

Seltener — dann und wann jedoch, es aber doch, besonders wenn er so recht abgearbeitet und müde einmal zur Einkehr bei sich selbst kam.

Da hätte er dann wohl gern mit ihr geplaudert, sie erzählte von seinen kleinen Freuden und großen Leidern im Berufe und, die es sich leider gar zu selten einmal umgekehrt hatte; derart, daß die Leiden in der Minderzahl, die Freuden aber überwiegend waren. Dagegen durfte auch ihr stets Auges Wort zu hören, hätte es glücklich gemacht.

Stand ja doch als Welt einzige und allein Daniela, wie in den Tagen der Kindheit, so auch heute noch im Vordergrund seines Interesses, keiner Gedanken.

Keine geringe Freude war es ihm denn auch gewesen, einmal vor ihrer Hochzeitstelle eine Postkarte aus Taug überholt zu erhalten, häufig noch eine ebenfalls aus

Brunnen am Bierwaldstätter See. Beide, besonders aber die letztere, amteite Befriedigung und vollwertiges Genießen einer jungen Frauenseele, die das heißehezte Ziel erreicht hat, sich in der Gemeinschaft des geliebten Mannes nunmehr ausleben zu dürfen.

Aufmerksam, anstrengend an Daniela, könnte Max Rittershaus ihr dieses Glück, wenn schon nicht fast von tiefer, einschneidendem Wehmutter.

Wie es der jungen Frau Kapellmeister seither in ihrer neuen Heimat Frankfurt ergangen sein möchte, darüber war der Doktor aber, obgleich nun der Winter schon wieder Einzug gehalten hatte, noch ohne Nachricht von ihr oder irgendwelcher Seite geschieden.

Auch Willi Cornelius, der zu Rittershaus seit der Hochzeit getreut geblieben ist in ein freundschaftliches Verhältn

## Die Stettiner Elends-Ausstellung.

Die Stettiner Stadtverwaltung huldigt dem Grundsatz, daß nicht viele Worte wichen, sondern Taten. Als kürzlich eine englische Studienkommission Stettin besuchte, führte man ihre Mitglieder in die Ausstellung des deutschen Hungerelends, die man zu diesem Zweck veranstaltet hatte. Auf einem Zettel zeigt diese Ausstellung die „Fülle der Lebensmittel, die dem Deutschen, der nicht Mittel zum Hauern hat, wöchentlich entstehen“. Sie nicht erschütternd und hat ihren Zweck auf die Engländer auch nicht erreicht. Der Ausstellungsort ist folgt:

- 1) eine kleine Schüssel gekochter Kartoffeln (5 Gr. Roßgewicht), für 7 Tage bestimmt,
- 2) ein Brot für die Woche (2400—1600 Gramm für Erwachsene und Kinder),
- 3) ein kleines Stückchen gekochtes Fleisches (Rohgewicht 225 Gr.) und 75 Gr. Knoblauch,
- 4) ein Kekschen Butter (49 Gr.),
- 5) ein etwas ärgerliches Quantum Margarine als einzige Ausstrichmittel; sie genügen höchstens, um die Hälfte des Brotes zu bestreichen,
- 6) zwei bis drei Käse-Gemüse, die im Durchchnitt auf den Kopf der Bevölkerung entfallen.

Die Ausstellung zeigt keine Fische, keine Wurst, kein Fett. Die Ausstellung soll zeigen, daß der Krieg nach Lebensmitteln wirklich berechtigt ist und daß die englischen Studienräte alle Veranlassung hätten, die Blockade nach Abschluß der Feindseligkeiten mit Rücksicht auf die Gesundheit unserer Frauen und Kinder aufzuheben. Während Deutschland hungert, weiß Südamerika nicht, woher mit der Fülle der aufgestapelter Dörre, wußt Norma gegen normal 10000 Tonnen Fische, die verderben, als Dünger benutzt.

## Urgesetzrecht.

In der „Inflanzier Zeitung“ bot Graf v. Schwerin-Vonk das gesamte lebende und tote Inventar von drei Gütern zum Verkauf an wegen Auflösung der Landwirtschaft. Der kultivierte Boden soll brach liegen bleiben und kann ohne die reparaturbedürftigen Maschinen und Geräte nicht bewirtschaftet werden. Wie das Landwirtschaftsministerium mitteilt, sind unerträgliche Gemürtungen eingeleitet worden. Auf Grund des Ergebnisses dieser Ermittlungen ist das Landratsamt in Anklam vom Landwirtschaftsministerium ermächtigt worden, den Grafen Schwerin anzuhören, den Verkauf des lebenden und toten Inventars nicht zur Ausführung zu bringen und die Aufhebung des Verkaufssturzins in den derselben Zeitungen, in denen seinerzeit die diesbezüglichen Bekanntmachungen ergingen, zu veröffentlichen. Sollte der Graf Schwerin dieser Aufforderung nicht nachkommen, so ist das Landratsamt zu Anklam weiter ermächtigt, seinerzeit die Aufhebung des Verkaufs öffentlich bekannt zu machen und die zur Sicherung der Verwertung erforderlichen weiteren Schritte sofort in die Wege zu leiten.

## Forderungen der Eisenbahnhaupten des Ruhrreviers.

In einer Versammlung von 6000 Eisenbahnhaupten des Industriegebietes wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. folgendes gefordert wird: Eine einmalige Entschuldungszusage von mindestens 1200 M. für jeden Beamten, Weiterzahlung der bestehenden Leuerungsablagen und die sofortige Wahl einer neuen Beamtentvertretung auf beratender demokratischer Grundlage bei Minister für öffentliche Arbeiten zur nachdrücklichen Vertretung der Interessen der Beamten.

## Ablehnung des Zusammengehengens mit den jüdischen Mehrheitssozialisten.

Um die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei der Volkskammer hat der Vorstand der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion folgendes Schreiben gelangen lassen: „Im Namen der Fraktion der U. S. P. teilen wir Ihnen mit, daß unserseits eine Beteiligung an der Regierung bezw. eine Regierungsbildung mit den Vertretern der mehrheitssozialdemokratischen Partei abgelehnt wird. Zur Begründung dieses Standpunktes wird u. a. folgendes erläutert: Maßgebend für unsere Haltung ist, daß Sie es grundsätzlich ablehnen, die I.- und S.-Räte als Träger der politischen Macht anzuerkennen. Dazu kommt, daß die sozialdemokratische Fraktion und die jüdische Regierung dem Rechtsstreit der Arbeiter gegenüber eine Haltung einnehmen, die zu der unjüdischen jüdischen Gegenstanz steht. Unter solchen Umständen ist uns ein Zusammenarbeiten mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in einer Regierung nicht möglich.“

## Kleine politische Nachrichten.

Dem Oberpräsidenten Dr. Michaelis war vom Minister des Innern mitgeteilt worden, daß die preußische Regierung zum 1. April eine enderweltige Beziehung des Oberpräsidiums in Stettin eintreten lassen wollte. Daraufhin hat Oberpräsident Dr. Michaelis sein Abstiegsgebot zu dem genannten Zeitpunkt eingereicht.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet, daß General Herzog zu Wandsbek deutscher Gesandter bei den südländischen Staaten werden soll. Diese Meldung ist ziemlich wahrscheinlich. Schon vor einigen Wochen hieß es, daß die südländische Regierung einen dahingehenden Wunsch gehabt habe, weil General Wendel bekanntlich einige Zeit auf dem Balkan gezeigt hat und verschiedene Schriften über die Slaven publizierte.

## Belgien.

**Revolution?** Nach der „Rhein.-Westf. Zeit.“ ist in Belgien die Revolution ausgebrochen. In Lüttich und Charleroi sollen heftige Straßenkämpfe zwischen Sozialisten und Kommunisten einerseits und den Bürgerlichen und Truppen andererseits im Gange sein. In den letzten Tagen erfolgten große belgische und amerikanische Truppenverschiebungen nach dem belgischen Jura-Kriegsgebiet sowie nach Brüssel und Antwerpen. Gerüchte besagen, daß der König von Belgien nach England abgetrieben sei. — In der Metall- und Eisenindustrie in Charleroi in Belgien treiben über 20 000 Mann.

## Rußland.

Zur Rechtschweifung der russischen Sowjet-Regierung. Durch einen Erlass der Sowjet-Regierung in Russland werden laut Bekanntmachung des amtlichen „Ismeria“ alle „gewählten Korpschäften“, welche die bolschewistische Regierung gehabt hat, im Bereich des Kriegs- und Marineministeriums abgezogen und durch Einrichtungen von der Armee befreit, welche unter der alten Regierung bestanden. Ein anderer Erlass überträgt die Dienstobligationen der Räte der Eisenbahnen an von der Regierung ernannte Auskünder. Diese Reservierung ist ein Beweis dafür, daß die Räte der Regierung ihr eigenes System in Russland abwehren.

**Spaltung des Bolschewismus.** Aufhebung der Sowjet-verordnung Petersburgs. Der Rik zwölften der entsprechenden Kompanien und Sowjets eines und zweiten Parteiabschnitts wird durch den Beschluß des Sowjetkongresses bestätigt, die Autonomie von Petersburg und einiger anderer Regionen aufzuheben, die unter der Direktion von Sowjeten zu einer weitestgehenden Macht erzielen.

## Italien.

Kongress der Parlamentarisch-sosialistischen Gruppe richtete die Aufrufserung an das Proletariat, den festen Entschluß bekanntzugeben, die Willkür der Regierung nicht dulden zu wollen. Die Kammer verhindert es, die leichte entscheidende Phase der Pariser Verhandlungen zu beurteilen und die Interessen der Arbeiter zur Sichtung zu bringen.

## Streifmeldungen.

Aus Essen an der Ruhr berichtet die „Börs. Zeit.“, daß ein neuer Konflikt ausgetragen sei, weil der Arbeiterrat in Bottrop die 7½-Stundenarbeitszeit defektiert habe. Die Streiks im Ruhrbergbau hätten seit November für 1700 000 Streikdagen einen Lohnausfall von 23 Millionen Mark und einen Förderausfall von 1 086 000 Tonnen zur Folge gehabt.

In der gesetzten Frühjahr ist die Belegschaft der Zeche Courl (Harpener Bergbau A.G.) in den Ausland getreten. Die Besatzung der Ausländer beläuft sich auf 14 900 Mann. Eine wahnsinnige Tat begingen Hochschoenarbeiter der Friedrich-Wilhelm-Hütte, Deutsch-Luxemburg, indem sie infolge Differenzen bei der Lohnauszahlung lärmische Hochrufe ausübten. Dieses Vorgehen, das den Werken ein Vermögen kostet, wurde von der revolutionären Arbeiterschaft und den hinter ihr stehenden Parteien in einer außerordentlichen Versammlung ausdrücklich verurteilt. Die Parteien lehnen jede Verantwortung ab.

In Oberhausen befinden sich gegenwärtig 30 Grubenbetriebe mit ungefähr 20 000 Mann und drei Hütten, Laurahütte, Borsigwerk, Justizhütte, im Ausland. Bielefeld schlossen sich die Arbeiter nur widerwillig dem Ausland an. Von einem Generalstreik kann nicht die Rede sein.

Gestern traten sämtliche Betriebschaften im Kohlengebiet Oelsnitz-Lugau in den Streik; im ganzen 14 000 Mann, um auf die Verhandlungen, welche zurzeit mit dem Wirtschaftsminister Schwarz in Zwickau stattfinden, einen Druck auszuüben.

## Aus Nah und Fern.

Die Geliebte Garibaldi gestorben. In der Schweizer Irrenanstalt zu Mendrisio (Tessin) ist kürzlich die Gräfin Maria Salsano gestorben, deren Name mit der Person des großen italienischen Nationalhelden Giuseppe Garibaldi eng verbunden ist. Sie begleitete Garibaldi auf allen seinen Feldzügen und nahm auch an der berühmten „Expedition der Tausend“ gegen Sizilien teil, bei welcher die italienische Amazonen-Anführerin einer Freischärlergruppe war. Interessant ist der vom Direktor der obenerwähnten Irrenanstalt erwähnte Umstand, daß die Genannte keine anderen als gesetzte Farben um sich duldet, was wohl in Erinnerung an das von ihr in so vielen Schlachten getragene rote Garibaldinehemd geschehen möchte.

**Rechtschreibungen von Heeresgut.** 798 Zentner Rindfleischferten und 1000 Kühen Rindeln a 50 Pfund wurden von der Militärpolizeikommission Hannover auf dem Bahnhof Speyerbittel entdeckt und in sieben Waggons nach Hannover befördert. Es ist verschönnes Heeresgut, das nun dem städtischen Lebensmittelamt zugeführt wird.

**Erschossene Blinder.** Am Frankfurter Tor in Berlin wurde ein bewaffneter Spartakist festgenommen, der u. a. für 300 000 Mark gesuchte Juwelen bei sich hatte. Er wurde unter dem Standrecht sofort erschossen.

**Raubüberfall.** In Liebenwerda wurde die Kammerei-Kasse von 2 oder 3 unbekannten männlichen Personen ausgeraubt. Der Kendant wurde durch einen Schlag auf den Kopf betäubt und dann gefesselt. Etwa 60 000 Mark fielen den Räubern in die Hände.

## Motgold der Stadtstraße.

Die Wechsel- und Kassenscheine der Stadtstraße zu 5, 10 und 20 Mark sind vom 1. April d. J. ungültig. Sie werden von der Stadtstraße und den bissigen Banken noch bis zum 15. April d. J. angenommen oder umgetauscht.

Die Kassenscheine der Stadtstraße zu 50 Mark sind bereits mit dem 28. Februar d. J. ungültig geworden.

Lübeck, den 11. März 1919. (10418)

## Die Finanzbehörde.

### Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung

Mr. F. R. 80/2. 19. R. R. II.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel I.

Die Bekanntmachung Nr. 2/11. 19. S. 2, betreffend Beschaffung und Bestandsicherung von Preßfermingsaff, steht abzutragen vom 2. November 1918 tritt außer Kraft.

### Artikel II.

Die von den Kriegsministern oder den Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen momentlich zugegangenen Verfügungen über die Beschaffung von Chinn, Areolin, Areolin hydrobromicum, Folia membranae pip., Physostigmin und Physostigminsalzen treten außer Kraft.

### Artikel III.

Diese Bekanntmachung tritt am 21. Februar 1919 in Kraft. Berlin, den 21. Februar 1919. (10429)

### Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Freiwillige vor.

### Kameraden!

Das Vaterland steht in der Lösung schwerster innerer und äußerer Aufgaben. Jeder kennt die Zeit der Stunde!

Die Reichsregierung und ihre Organe bedürfen dringend bis zum endgültigen Aufstellen der Reichswehr zuverlässige, regierungstreue Freiwilligenverbände, die späterhin in die Reichswehr übergehen werden.

Ein solcher Verbund ist aus dem bisherigen Sicherheitsdienst-Siel durch Sonderments- und Stationstagesbefehl als Marine-Division Siel gebildet worden. Mit der Führung bin ich beauftragt.

Kameradschaft und treue Pflichterfüllung sollen über politischen Streit hinweg unsere Herzen und Kräfte zum gemeinsamen Wege vereinen!

Darum auf aktive und inaktive Kameraden, das Vaterland traut!

Offiziere, Beamte, Dekomisare, Feldwebel, Unteroffiziere und Mannschaften melden sich mit Militärapieren bei der Marine-Division Siel!

Verbeschaffung in der Kaserne der 1. Ratioren-Division (Grosses Feldlager).

Eintrittsbedingungen, mobiles Schrift oder Söhne, freie Verpflegung und Auskleidung, 5 M. tägliche Zulage, sind die gleichen wie die für alle Freiwilligenverbände von der Regierung festgesetzt.

Zur Ausbildung sind ältere Offiziere und Unteroffiziere herangezogen.

Mindestens 1 Jahr Dienstzeit muss aufgewiesen werden.

gez. von Loewenstein,  
Generalstabsoffizier und  
Kommandeur der Marine-Division Siel.

## Bekanntmachung

### betreffend Fleischverlauf.

In der Woche vom 10. bis 18. März 1919 wird für wachsende Personen 1000 Gramm Fleischverlauf unter 8 Jahre. Rinderfleisch unter 8 Jahre kann lediglich 1000 Gramm zu bewerten.

Lübeck, den 12. März 1919. (10428)

### Das Landesversorgungsamt.

## Umsatzsteuer.

Die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Güteliste für Zugangsgebühren unterliegen Monat Februar d. J. sind dem unterzeichneten Umlaufbeamten vor Ablauf des Monats März d. J. schriftlich einzureichen oder mündlich abzugeben. Vorbrücke können im Steueramt, Zimmer Nr. 7, kostenlos entnommen werden. Die Abgabe der Erklärung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Lübeck, den 4. März 1919. (10428)

### Das Umsatzsteueramt.

U. und S.-Rat und Landesversorgungsamt. Gutten, den 11. März 1919.

Das Gut Riebau ist bereits seit längerer Zeit in Privatbesitz genommen und mit der Verwaltung der Gustav Sievert beauftragt worden.

Der Verwalter allein, nicht der Besitzer, ist zum Abschluß des Vertrags, die das Gut betrifft, berechtigt.

### Arbeiter- und Soldaten-Rat.

### Landesversorgungsamt.

Riebau. Mahlsdorf.

### Kriegs-Rohstoff-Abteilung.

## Bekanntmachung

Mr. F. R. 470/2. 19. R. R. II.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung wird folgendes angeordnet:

### Artikel L

In der Bekanntmachung Mr. W. I. 177/15. 17. R. R. II. betreffend Beschaffnahme und Bestandsicherung der deutschen Schatzkunst und des Volksgutes bei den deutschen Gebieten vom 1. Juli 1917 erhalten die §§ 7 und 12 folgende Fassung:

S. 7.

Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft in Berlin SW. 48, Berl. Hedemanns, S. wird für das nach § 5 festgesetzte Verkaufszeitraum reingewaschener Wolle beim Verkäufer folgenden Preis zu zahlen:

I. Soweit er Schafhalter ist,	AAA Feinheit 25,20 Mark zugleich einer Prämie von 2,00 Mark für vollständige Edel-Merino-Wolle
AAA Feinheit 28,60 Mark	
AA 22,00 "	
A 20,80 "	
AbisB 19,60 "	
B 18,40 "	
BaisC 17,20 "	
C 16,00 "	
CbisD 15,00 "	
D 14,00 "	
DbisE 13,00 "	
E 12,00 "	

für 1 kg reingewaschene Wolle einschließlich Waschlohn.

II. Soweit er nicht Schafhalter ist:  
den gemäß den unter I. getroffenen Bestimmungen für gelegten Lieferungspreis zusätzlich 3 vom Hundert.

Die zu zahlenden Preise werden von der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft unter Bezeichnung einer Sachverständigen-Kommission festgesetzt. Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft wird auf diese Preise vor endgültiger Regelung eine Abschlags